

BESCHLUSS

der 21./X. Sitzung des Energie- und Umweltausschusses
vom Mittwoch, den 18.09.2019

- I. Öffentliche Sitzung**
- 2. Antrag des Jugendparlaments, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion zur Ausrufung des Klimanotstandes; Antrag der FDP-Fraktion zur Ausrufung des Klimanotstandes; Antrag der CDU-Fraktion zu nachhaltigen, innovativen und ausgewogenen Klimaschutz** **X-197.2019-7**

Bevor in die Diskussion eingestiegen werden kann, wird beraten, dem Jugendparlament ein Rederecht einzuräumen.

Herr Reinke fragt, ob das Rederecht für den Antragsteller oder für mehrere Personen gelten soll.

Herr Erichlandwehr erklärt, dass nach § 58 GO davon ausgegangen werden kann, dass grundsätzlich ein Vertreter benannt wird. Für die heutige Sitzung können bis zu 3 Vertreter mit Rederecht benannt werden.

Nach kurzer Beratung werden dafür vom Jugendparlament für die heutige Sitzung folgende Personen benannt:

Franka Fockel, stellv. Vorsitzende Jugendparlament

Henri Lindner, Mitglied Jugendparlament

Moritz Uekermann, Mitglied Jugendparlament

Dem Antrag auf Rederecht stimmt der Ausschuss einstimmig zu.

Herr Hayk berichtet, dass in der letzten Sitzung des Kreistages Einzelanträge zum Klimanotstand zurückgezogen wurden, um einen gemeinsamen Antrag zu formulieren.

Franka Fockel erläutert den Antrag des Jugendparlaments.

Die Entwicklung des Klimas stellt ein Problem für alle nachfolgenden Generationen dar. Diese Entwicklung führt zwangsläufig dazu, dass der Klimanotstand ausgerufen werden muss.

In ihrer folgenden Rede begründet Franka Fockel weiterhin, dass in acht Jahren der nächste Kipppunkt erreicht werde, der das Klima in einen anderen Zustand versetze und unumkehrbar sei. Wissenschaftler schildern die Auswirkungen: Klimazonen verändern sich, Arten sterben aus, Wetterextreme nehmen zu, Menschen werden zu Klimaflüchtlingen.

Sechs Forderungen haben die Vertreter des Jugendparlaments formuliert. Die Kernforderungen sind, den Klimanotstand anzuerkennen, zukünftig bei jeder politischen Entscheidung die Auswirkungen auf das Klima zu berücksichtigen und die Lösungen zu bevorzugen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken.

Herr Reinke merkt an, dass die Jugendlichen der heutigen Generation politisch interessiert sind und mitreden wollen. Klimaschutz wird immer wichtiger. Folgende Generatio-

nen müssen berücksichtigt werden. Bisher gab es, seiner Meinung nach, für die CDU-Fraktion nur Klimaschutz oder Wirtschaftlichkeit. Er erläutert erneut die Forderungen des Antrages und benennt Zitate aus der Stellungnahme der Klimaschutzmanagerin, die deutlich machen, dass einige Forderungen von Seiten der Verwaltung ignoriert werden. Die Verfolgung und Durchsetzung von Maßnahmen ist ungenügend.

Herr Hayk erklärt, dass die CDU-Fraktion sich sehr auf die Beteiligung des Jugendparlamentes freut. Ein gemeinsames Vorgehen sollte vorangetrieben werden.

Herr Baumgart dankt dem Jugendparlament für die Antragstellung. Ohne die Initiative des Jugendparlamentes wäre der Antrag der FDP-Fraktion wahrscheinlich nicht erfolgt. Die FDP-Fraktion kann sich inhaltlich nicht mit dem Antrag identifizieren und hat sich deshalb dagegen entschieden, einen gemeinsamen Antrag zu stellen.

Eine Abwägung zwischen den unterschiedlichen Themenschwerpunkten muss erfolgen. Transparenz muss geschaffen werden, wie auch im Antrag der FDP-Fraktion gefordert. Gleiche Ziele sollten gemeinsam formuliert werden. Die heutigen Anträge sollten als Anstoß gesehen werden, daraus kann kein konkretes Maßnahmenpaket beschlossen werden. Zum Klimaschutz in Schloß Holte-Stukenbrock wird bereits viel Arbeit geleistet. Die FDP-Fraktion wollte mit ihrem eigenen Antrag auch deutlich machen, dass bereits viel gemacht wird.

Herr Pankoke dankt ebenfalls dem Jugendparlament für die Beteiligung. Das Thema Klima ist ins Zentrum gerückt worden, das Weltklima kann in Schloß Holte-Stukenbrock allerdings nicht geändert werden. Klimaschutz muss kommunal betrachtet werden.

Die CDU-Fraktion kann sich einigen Forderungen des Jugendparlamentes anschließen. Das Wort „Notstand“ beeinflusst Rechte und Gesetze, weshalb die CDU-Fraktion die Begrifflichkeit „Notstand“ problematisch sieht. Eine gemeinsame Antragstellung, für die der Klimaschutz sachlich, ideologie- und parteifrei betrachtet wird, wird favorisiert. Übergreifende Themen müssen betrachtet werden, Klimaschutz geht nicht um jeden Preis.

Ein gemeinsamer Antrag setzt ein Zeichen, dass man gemeinsam in Schloß Holte-Stukenbrock etwas für den Klimaschutz entwickelt.

Herr Dirks ergänzt, dass die Antragstellung durch das Jugendparlament sicher parteilos gestellt ist, die Konfrontation unter den Parteien das gemeinsame Vorgehen verhindert. Er plädiert für ein gemeinsames Ergebnis, das Thema muss im Gesamtkontext gesehen werden. Gefordert ist ein ausgewogenes Verhalten, welches alle Aspekte einbindet.

Herr Reinke merkt an, dass keine klaren deutlichen Maßnahmenpakete formuliert werden. Im Antrag des Jugendparlamentes steht nicht, dass übergreifende Themen in den Hintergrund gestellt werden sollen.

Herr Hayk weist auf bereits umgesetzte Maßnahmen hin wie z.B. die Millionen an Fördergeldern, die in den vergangenen Monaten generiert werden konnten oder die externe Begutachtung des European Energy Award.

Frau Rusch sieht die Begrifflichkeit „Notstand“ ebenfalls problematisch. Ein Notstand beschreibt einen Ausnahmezustand. Der Begriff „Notstand“ kann von der CSB-Fraktion nicht mitgetragen werden. Übergreifende Themen, wie z.B. soziale Aspekte, müssen betrachtet werden. Gezielte Maßnahmen müssen in Angriff genommen werden.

Franka Fockel erklärt, dass die bestehenden Maßnahmen noch nicht greifen. Man sollte sich dazu auch nicht mit anderen Städten vergleichen, um zu sehen, was in der eigenen Stadt schon viel besser ist als woanders. Die Politik muss noch ausführlicher informieren. Klimaschutz muss noch weiter in den Vordergrund gestellt werden, auch wenn andere Aspekte immer eine Rolle spielen.

Herr Dück erkennt an, dass das Thema definitiv Aufmerksamkeit erregen soll. Die Argumentation des Jugendparlamentes kann absolut nachvollzogen werden. Die Pariser Klimaziele greifen auch kommunal, wie im Antrag der CDU-Fraktion erläutert. Die Defini-

tion „Notstand“ sieht er im Vergleich zum beispielhaften „Notstand“ in der Nachkriegszeit als kritisch. Viele Ideen des Jugendparlaments werden im Antrag der CDU-Fraktion übernommen, ein Konsens wird angestrebt.

Herr Baumgart erklärt, dass die FDP-Fraktion den Begriff „Klimanotstand“, aus den bereits genannten Gründen, nicht mittragen kann. Er spricht sich für eine bewusste Transparenz für Beschlüsse aus.

Henri Lindner erläutert, dass der Antrag des Jugendparlaments bewirken soll, dass Klimaschutz als Thema immer präsent ist. Entscheidungen, die getroffen werden, müssen klimapositiv sein. Nicht nur die Auswirkungen auf das Klima sollen berücksichtigt werden, die Klimaberücksichtigung soll in den Vordergrund gestellt werden. Klimanotstand bedeutet nur Bevorzugung. Schäden und Auswirkungen auf die Umwelt können nicht umgekehrt werden, deshalb muss der Klimanotstand ausgerufen werden.

Herr Hayk fragt nach der Definition des Jugendparlaments, wann der Klimanotstand wieder aufgehoben werden kann.

Henri Lindner entgegnet, dass keine konkreten Maßnahmen benannt werden könnten, die den Klimanotstand abschliessen. Eine Aufhebung des Klimanotstandes würde demnach nie erfolgen.

Henri Lindner ergänzt, dass der Klimanotstand ein fortlaufender Prozess ist und man immer vor der eigenen Haustür anfangen sollte.

Herr Oppitz sieht es als gerechtfertigt, jede Entscheidung des Rates auf Klimatauglichkeit zu prüfen.

Herr Pankoke bittet alle Fraktionen, einen gemeinschaftlichen Antrag auf den Weg zu bringen. Die Formulierung des gemeinsamen Antrages soll dann bis zur nächsten Sitzung erfolgen.

Herr Dirks erkennt lobend an, dass alle Parteien den Klimawandel erkennen und Klimaschutz in den Vordergrund stellen wollen. Er plädiert ebenfalls für einen gemeinsamen Antrag.

Herr Reinke beantragt eine 10-minütige Sitzungsunterbrechung zur Beratung.
Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Nach 10 Minuten Sitzungsunterbrechung eröffnet Herr Hayk die Fortführung der Sitzung.

Franka Fockel erklärt, dass ein gemeinsamer Weg nur möglich ist, wenn jeder einzelne Punkt aus dem Antrag des Jugendparlaments eingearbeitet wird.

Herr Erichlandwehr gibt den juristischen Hinweis, dass der letzte Punkt des Antrages keine Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft ist und damit nicht beschlossen werden kann.

Herr Reinke unterstützt, dass alle Punkte eingearbeitet werden, den rechtlichen Hinweis will er überprüfen lassen.

Henri Lindner deutet an, dass die Begrifflichkeit „Klimanotstand“ diskutiert werden kann.

Herr Pankoke verweist erneut darauf, zur nächsten Sitzung einen gemeinsamen Antrag zu erstellen. Die CDU-Fraktion kann die Einarbeitung aller Punkte nicht mittragen.

Franka Fockel erklärt, dass aus Sicht des Jugendparlaments alle Punkte des Antrages einbezogen werden müssen, da sonst der Gedanke des Antrages untergeht. Sie macht deutlich, dass ein gemeinsamer Antrag vom Jugendparlament abgelehnt wird.

Herr Hayk stellt damit fest, dass es keine Gesprächsbereitschaft seitens des Jugendparlamentes und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu einer gemeinsamen Antragstellung gibt und stellt den Antrag der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der CSB-Fraktion auf Verweis in die Fraktionen fest.

Herr Baumgart spricht eine Einladung zur Beteiligung, über den heutigen Abend hinaus, aus.

Herr Pankoke schließt sich dem an und macht deutlich, dass diese Einladung an alle gerichtet ist, auch an das Jugendparlament, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Hasken signalisiert, dass die SPD-Fraktion sich gesprächsbereit zeigt und sich an einer gemeinsamen Antragstellung beteiligen will.

Henri Lindner ergänzt, dass das Jugendparlament eine Signalwirkung aufrecht erhalten möchte. Wenn Kernforderungen aus dem Antrag abgelehnt werden, gibt es keinen Raum für Kompromisse.

Herr Reinke lehnt eine Beteiligung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Franka Fockel dankt für die Aufmerksamkeit und betont, dass die Konzentration auf den Klimaschutz positiv gesehen wird.

Empfehlung:

Der Antrag wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimme(n), 2 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)